

SPD-Antrag zur Waffensteuer liegt jetzt vor

BREMERHAVEN. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat ihren Antrag für eine Waffenbesitzsteuer vorgelegt. Dabei wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verschärfung des Waffenrechts einzusetzen. Auf Landes- oder Ortsebene soll er eine Steuerregelung erarbeiten oder mit einem Gutachten belegen, warum sie nicht umsetzbar ist.

Nach Ansicht der SPD reichen die bisherigen Vorschriften zur Sicherung von Waffen und Munition nicht aus. Und: „Sportschützen müssen ihren Sport nicht mit scharfer, Menschenleben bedrohender Munition ausüben.“ Der Senat soll auf Bundesebene sich unter anderem dafür einsetzen, dass der Waffenbesitz generell begrenzt wird.

Getrennte Lagerung

Waffen und Munition sollen nicht mehr gleichzeitig in Privatwohnungen aufbewahrt werden. Sportwaffen soll nur der bekommen, der nachweisen kann, wo Waffen und Munition sicher außerhalb der Wohnung gelagert werden können. Gefordert werden elektronische Waffensicherungssysteme und die Vorlage eines kleinen Waffenscheins für den Kauf von Schreckschusswaffen. Drei Monate hat der Senat Zeit, eine Steuer auszuarbeiten. Sollte das rechtlich nicht möglich sein, muss der Senat das mit einem Gutachten belegen. (mue)

Nordsee Zeitung
18.01.2012